

25.04.2018

Entschließungsantrag

zum Antrag der Fraktion der SPD „Wohnraummangel braucht mehr Wohnungen statt sozialen Wohnungsbau gegen Eigenheimförderung auszuspielen“ (Drucksache 17/816)

Die neue öffentliche Wohnraumförderung macht endlich den Weg frei für mehr Wohnungsbau und Eigentumsbildung!

I. Sachverhalt

Das Herstellen von mehr Wohnraum ist und bleibt ein zentrales Anliegen der NRW-Koalition. Mit der öffentlichen Wohnraumförderung haben CDU und FDP den dringend notwendigen Neustart in der Wohnraumpolitik vollzogen.

Ziel der NRW-Koalition ist es, in Nordrhein-Westfalen ein positives Klima für Neubau zu schaffen. Hierfür braucht es einen ganzheitlichen Lösungsansatz, in den die soziale Wohnraumförderung integriert wird. Dabei sind die öffentliche Förderung des mietpreisgebundenen Geschosswohnungsbaus und von Wohneigentum zwei Seiten derselben Medaille.

Die abgewählte rot-grüne Landesregierung hatte die Eigentumsförderung fast vollständig abgewickelt. Weite Teile des Landes – insbesondere ländliche Regionen – waren von ihr sogar komplett ausgenommen. Damit wurde Eigentumsbildung behindert und gerade junge Familien benachteiligt.

Eine weitere zentrale Herausforderung für unser Land ist die Schaffung von Bauland. Gerade junge Familien mit Kindern brauchen bezahlbares und verfügbares Bauland sowie günstige Mieten. Darüber hinaus ist die Wohneigentumsförderung ein geeignetes Instrument gegen Altersarmut und wirkt stabilisierend auf Wohnquartiere.

Datum des Originals: 25.04.2018/Ausgegeben: 25.04.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- In den Städten und Gemeinden werden mehr Wohnungen nachgefragt als angeboten. Das führt trotz Begrenzungsverordnungen zu steigenden Mieten. Verlierer dieser Entwicklung sind insbesondere Bezieher unterer und mittlerer Einkommen. Sie haben häufig Schwierigkeiten, für sie geeigneten Wohnraum zu finden.
- Der beste Mieterschutz sind eine Ausweitung des Mietwohnungsangebots sowie ein positives Klima für den Eigentumserwerb.
- Mit der öffentlichen Wohnraumförderung für die Jahre 2018 bis 2022 ist eine wichtige Grundlage für mehr Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen geschaffen worden. Die Landesregierung stellt bis 2022 rund vier Milliarden Euro für den öffentlich geförderten Wohnungsbau zur Verfügung. Die NRW-Koalition schafft Verlässlichkeit und Planungssicherheit.
- Die neue Eigentumsförderung und der auf 15.000 Euro erhöhte Kinderbonus ermöglichen gerade jungen Familien, Wohneigentum zu bilden. Durch Tilgungsnachlässe werden ideologische Beschränkungen in der Eigentumsförderung aufgehoben.

Der Landtag beschließt:

- Der Landtag unterstützt das Ziel der Landesregierung, neben der öffentlichen Wohnraumförderung die Rahmenbedingungen für mehr Wohnungsbau zu verbessern.
- Er unterstützt insbesondere die Maßnahmen mit den Zielen, schneller, einfacher und kostengünstiger zu bauen und bürokratische Hindernisse zu beseitigen.
- Um mehr Grundstücke für Wohnungsbau, Industrie und Gewerbe zur Verfügung zu stellen, soll insbesondere Bauland in öffentlicher Hand in den Blick genommen werden.
- Der Landtag begrüßt, dass der Bund Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung übernimmt und in 2020 und 2021 bundesweit zwei Milliarden Euro für den öffentlich geförderten Wohnungsbau bereitstellen will.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Daniel Sieveke
Fabian Schrupf

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Stephen Paul

und Fraktion